



Putins Krieg Zeitenwende auch für die Wirtschaftspolitik

Putins brutaler Ukrainekrieg erzwingt es nicht nur, die sicherheitspolitische Architektur Europas auf neue Fundamente zu stellen. Es geht um unsere liberale Ordnung, die wir verteidigen müssen. Wir stehen zugleich vor einer Zeitenwende in der Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik. Vieles ist hier noch offen, vieles heute noch nicht abzuschätzen. Aber wir müssen anfangen, uns Fragen zu stellen, von denen wir dachten, sie lägen nach „dem Ende der Geschichte“ hinter uns, und uns mit Fragen zu befassen, die sich neu stellen.

Zunächst gilt es, die kurzfristigen wirtschaftlichen Verwerfungen des Ukrainekrieges abzufangen. Die weitreichenden Sanktionen aber auch ein starker freiwilliger Rückzug vieler Unternehmen aus Russland werden den Handel stark schrumpfen lassen. Gesamtwirtschaftlich fällt das bei einem Exportanteil Russlands von zwei Prozent zunächst nicht dramatisch ins Gewicht. Russland hat die Chance der Globalisierung nie wirklich genutzt. Auch ein weitgehendes Handelsembargo erscheint gesamtwirtschaftlich zu verkraften zu sein.

Einzelne Branchen und Unternehmen sind freilich sehr viel stärker betroffen. Zunehmende Versorgungsengpässe und steigende Preise für Energie setzen die energieintensiven Betriebe stark unter Druck. Sehr ernst ist auch die große einseitige Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen, v. a. bei Gas, zu nehmen. Inwieweit ein vollständiger Lieferstopp oder ein Handelsembargo zumindest in der kurzen Frist zu stemmen wäre, ist offen. Um Versorgungsengpässe im nächsten Winter zu vermeiden, ist jedenfalls ein Kraftakt erforderlich. Die Europäische Kommission hält eine Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Gas um 2/3 bis Ende 2022 für machbar. Der unbedachte parallele Ausstieg aus der Kernenergie wie auch der geplante, vorgezogene Ausstieg aus der Kohlekraft fällt uns hier in Deutschland auf die Füße. Gravierende und kumulative Störungen in den internationalen Lieferketten verschärfen die Verknappung des Angebots auf breiterer Front.

Angebotsverknappung, Lieferkettenprobleme, steigende Engpässe in der Energieversorgung werden die Inflationsraten weiter nach oben treiben, während die Wachstumsdynamik nachlässt. Es droht eine Rückkehr der Stagflation wie in den 70 Jahren nach der Ölkrise. Eine rückwirkende Abschaffung der EEG-Umlage, eine Senkung von Energiesteuern und -abgaben

auf das europarechtlich mögliche Niveau oder eine niedrigere Mehrwertsteuer auf diese Produkte können kurzfristig Entlastungen für Bürger und Wirtschaft bringen. Eine Lösung für die Verknappung des Angebots (Energie, Lieferengpässe, Investitionsattentismus) ist das aber nicht. Die Unsicherheiten bleiben groß. Langfristig muss die Wirtschaftspolitik die Krisen-Resilienz stärken und die dauerhafte Wachstumsdynamik steigern, anstatt auf kleinteilige Subventionen und teure Sozialleistungen zu setzen. Der Weg aus der Krise führt nur über eine dynamische Wirtschaft, über eine flexible Wirtschaft, die zügig die Lieferketten neu ausrichten kann. Eine dynamische Wirtschaft braucht möglichst große Sicherheit für Investitionen und Innovationen. Da muss eine langfristig orientierte Wirtschaftspolitik jetzt ansetzen.

Dabei geht es auch um stabile Staatsfinanzen. Es ist richtig, den Etat für Verteidigung und Sicherheit kräftig zu erhöhen. Die Verteidigungsfähigkeit wurde zu lange vernachlässigt. Die Bundeswehr muss möglichst schnell die NATO-Fähigkeitsziele erfüllen können. Freilich muss dazu auch das Beschaffungswesen schneller und effizienter werden. Hier ist parteiübergreifender Konsens erforderlich. Dieser große Schritt darf nicht an Umsetzungsfragen im Einzelnen scheitern. Wir brauchen eine handlungsfähige Bundeswehr, um Freiheit und Demokratie zu schützen. Freiheit und Demokratie müssen wehrhaft sein. Wir müssen jetzt auch gezielt den Aufbau einer europäischen Außen- und Sicherheitsunion angehen. Die Stärkung unserer Verteidigungsindustrie darf dabei auch nicht an Taxonomievorgaben scheitern. Es ist sicher richtig, dabei auch über eine erneute Aussetzung der Schuldenbremse zu diskutieren. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, man könne in beliebiger Höhe Schulden anhäufen. Budgetrestriktionen kann man ignorieren, aber man kann es nicht ungestraft. Die Krisenlage südeuropäischer Mitgliedstaaten sollte Warnung sein. Man kommt um eine neue Schwerpunktsetzung bei den Ausgaben, d. h. Kürzung an anderer Stelle, nicht herum. Auf Dauer sind höhere Verteidigungsausgaben als Daueraufgabe aus dem Steueraufkommen zu finanzieren.

Putins Krieg zwingt uns auch zu einer Kehrtwende in der Energiewende. Wir befinden uns in der Energieversorgung in einer gefährlichen einseitigen Abhängigkeit von Russland. Wir haben zu lange verdrängt, dass diese Abhängigkeit politisch instrumentalisiert werden kann. Ein Handelsembargo bei der Energie würde uns schwer treffen, ist, wenn es darauf ankommt, aber mitzutragen. Der gleichzeitige Ausstieg aus Kernenergie und Kohle wird jetzt zum Bumerang. Die Eckdaten der Energiewende sind grundlegend zu überprüfen. Vor allem unsere Warnungen vor einer fehlenden Versorgungssicherheit müssen endlich ernst genommen werden. Erneuerbare Energieträger können das notwendige Niveau an Versorgungssicherheit kurz- und mittelfristig nicht leisten. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um uns in der Energieversorgung stärker von Russland zu lösen. Der Bau von LNG-Terminals ist ein wichtiger Schritt. Wir müssen die Laufzeiten der Kernkraftwerke, die noch am Netz sind, verlängern. Auch der Einsatz von Kohlekraftwerken, in Verbindung mit neuen Technologien zur CO₂-Abscheidung ist in Betracht zu ziehen.

Höhere Verteidigungsausgaben und eine Neuausrichtung der Energieversorgung lassen sich nur durch höheres Wachstum schultern, wenn Wohlstandseinbußen in Grenzen gehalten werden sollen. Um mehr Kapital für die Herausforderungen zu mobilisieren, müssen die Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Die Abschreibungsregeln müssen auf moderne Produktionsmittel (z. B. Software) angepasst werden. Wir müssen über steuerliche Anreize mehr Kapital für Gründer und für Forschung und Entwicklung mobilisieren. Ebenso wichtig ist es, dem Rückgang der Arbeitskräfte entgegenzusteuern durch einen flexibleren Renten- und Pensionseintritt, durch eine längere Lebensarbeitszeit, durch weitere Mobilisierung inländischer Erwerbspersonen und qualifizierte Zuwanderung.

Damit die Unternehmen, und hier geht es besonders um den Mittelstand, auf die Vielfalt der Herausforderungen schnell und flexibel reagieren können, brauchen sie Entlastungen von Bürokratie. Lieferkettengesetz, Taxonomie für nachhaltiges und soziales Wirtschaften verdrehen gut gemeinte Ziele ins bürokratische Gegenteil. Oft gefordert, nie ernstgenommen, aber jetzt ist es Zeit für ein Belastungsmoratorium. Für mehr Souveränität Europas und Deutschlands muss vor allem auch die EU-Taxonomie nachhaltiges Wirtschaften auf den Prüfstand gestellt werden. Deutschland und Europa haben mit hochinnovativen, technologisch weltweit führenden Unternehmen in der sicherheits- und wehrtechnischen Industrie einen starken Trumpf. Aber die Taxonomie erschwert diesen Unternehmen die Finanzierung. Ohne Korrekturen bleiben die neuen sicherheitspolitischen Ziele schon im Ansatz stecken.

München, 9. März 2022

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP
Präsidentin

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär